



Medienmitteilung Revision Filmgesetz
29. März 2022

Investieren in die Schweiz: JA zu Modernität, Vielfalt und Internationalität

Das neue Filmgesetz ist moderat und weitblickend. Es sorgt für Fairness auf dem Markt und es hievt die Schweiz auf die internationale Bühne. Dagegen argumentieren die bürgerlichen Jungparteien fadenscheinig und widersprüchlich. Das schadet dem Filmschaffen in der Schweiz und vielen betroffenen KMU.

Das moderne Filmgesetz verdient am 15. Mai ein klares JA! Leichtfertig würde sonst die Chance vergeben, dank mehr Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Filmbereich auch den Tourismus und die Wirtschaft zu stärken. Wenn Streaminganbieterinnen zumindest einen kleinen Teil ihrer Einnahmen hier investieren, dann nützt dies der gesamten Schweizer Volkswirtschaft.

2021 hat das Parlament mit der Modernisierung des Filmgesetzes einen weitblickenden und gleichzeitig logischen Schritt getan: Wenn Streaminganbieterinnen einen Teil ihrer Einnahmen – mit dem sie in der Schweiz gutes Geld verdienen – hier investieren, dann gewinnen viele. Der Wirtschaftsstandort wird als Ganzes gestärkt, unsere Tourismusregionen würden öfters zu Filmkulissen und Schauplätzen, die Schweizer Filmproduktionsbranche könnte solider finanzierte Projekte angehen.

Alle Filmliebhaber/innen können dann von einem generell breiteren und auch mit Schweizer Highlights angereichertem Filmangebot profitieren. Schliesslich würde die Schweiz international wettbewerbsfähiger und auf der internationalen Bühne öfters gespielt – ohne auch nur einen Franken öffentliches Geld investieren zu müssen.

Die referendumsführenden Jungparteien haben zu kurz gedacht.
Ihre Argumente, welche Sie heute in Bern dargelegt haben, sind rasch widerlegt:

1. Die Behauptungen, die moderate Investitionspflicht würde die Freiheit der Konsumenten beschränken oder gar die Herkunft der Filme begrenzen, ist schlechte Polemik. Mehr Investitionen in den Filmmarkt fördern die Vielfalt – nicht umgekehrt. Es ist richtig und wichtig, dass Schweizer Filmproduzenten bei entsprechender Leistung dank Investitionen in den Schweizer Markt an mehr internationalen Filmprojekten teilhaben können. Ein Nein zum Filmgesetz bremst Markt und Innovationen – und schottet die Schweiz ab.
2. Das Filmgesetz hat dabei - anders als von den Jungparteien behauptet - keinen Einfluss auf die Abopreise. Das zeigen auch Erfahrungen aus Ländern, die seit Längerem eine Investitionspflicht kennen. Die Streamingdienste setzen ihre Preise vor allem mit Blick auf die Preise der Konkurrenz fest - sowie mit Blick auf die Zahlungsbereitschaft ihrer Kunden. Ausserdem bieten Investitionen in Serien und Filme für die Streamingdienste zusätzliche Marktchancen: Sind ihre Produktionen erfolgreich, spielen sie ein Mehrfaches der Investitionen ein.
3. Zu sagen, Streaminganbieterinnen müssten nun das einheimische Filmschaffen „subventionieren“, ist ebenso falsch: Wer investiert, subventioniert nicht. Er/sie baut auch am

eigenen Erfolg und schafft Mehrwert für sich und für andere. Und das Gesetz lässt den Anbieterinnen bewusst viele Investitionsmöglichkeiten: Bspw. über Auftrags- und Koproduktionen mit unabhängigen Partnerinnen.

4. Schweizer Privatsender werden nicht ungebührlich belastet – und die meisten von Ihnen sind gänzlich von der Pflicht ausgenommen. Im Gegenteil werden durch den Einbezug der internationalen Konkurrenz endlich gleich lange Spiesse geschaffen, wovon die Schweizer Anbieterinnen profitieren.
5. Die Behauptung, es handle sich um eine Steuer, ist logischerweise falsch: Eine Investition durch Anbieterinnen am Markt ist keine Abgabe an den Staat. Dieser entscheidet auch nicht darüber, wie die Anbieterinnen ihr Geld konkret investieren.

Richtigerweise hat das Parlament mit der Revision ein Zeichen gesetzt:

Internationale Streamingplattformen verdienen in der kaufkräftigen Schweiz sehr viel Geld. Heute fließen diese Einnahmen ins Ausland. Mit dem neuen Filmgesetz soll ein Anteil von 4% des Umsatzes in der Schweiz investiert werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern wird dabei nicht eine Abgabe oder eine Sondersteuer erhoben, sondern das Gesetz hält dazu an, in der Schweiz zu investieren.

Unsere Nachbarländer haben in ihren Gesetzen bereits Investitionsverpflichtungen für Anbieterinnen von Filmen und Serien festgelegt. Italien zum Beispiel verlangt eine Investition von 20, Frankreich bis zu 26 Prozent des Umsatzes. So sind die 4 Prozent Investitionspflicht in der Schweiz eher moderat.

[Medienmitteilung](#) „JA zum Filmgesetz“ vom 24. März 2022

JA, damit Einnahmen der gesamten Schweizer Volkswirtschaft nützen
JA, damit Schweizer Kultur auf Netflix und anderen Plattformen stattfindet
JA, damit die Schweiz mit Nachbarländern gleichzieht

Für weitere Auskunft:

Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin Die Mitte LU : +41 79 375 40 32

Lilian Studer, Nationalrätin EVP AG : +41 76 575 24 77

Matthias Aebischer, Nationalrat SP BE : +41 79 607 17 30